

Sehr geehrte Eitorfer Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Ratsmitglieder/innen sehr geehrter Herr Bürgermeister

Eitorf hat ein Problem. Man ist sich nicht einig, in welche Richtung marschiert man, was ist wichtig, was nicht. So spiegelt sich das auch im Haushalt wieder.

Ursprünglich war er gedacht als Übergangshaushalt. Er sollte Zeit schaffen, um sich klar zu werden, welche Projekten aus der langen Liste, seien sie nun geplant, oder schon beschlossen, wirklich notwendig sind für Eitorf.

In welcher Reihenfolge oder besser gesagt, welche Schwerpunkte setzt man, damit diese im nächsten Haushalt, also 2025/2026 auch angegangen werden können.

Leider kam alles anders. Eine Mehrheit der Ratsmitglieder hat sich dafür ausgesprochen, am Marktplatz nicht mehr die notwendige Reparaturen auszuführen, sondern das IHK, also das integrierte Handlungskonzept, mit all seinen Notwendigkeiten wieder aufleben zu lassen.

Nun kann man sagen Super toll, endlich. Aber worauf basiert diese Entscheidung und welche Konsequenzen ergeben sich daraus?

Fakt ist, das Ministerium hat zugesagt das, wenn Eitorf ein Konzept und Planungen bis zum 30.9.2024 vorlegt, Eitorf mit in den Topf kommt, um sich um die Mittel zu bewerben. Das Ministerium hat keine Mittel zugesagt. Nein, es legt die Latte sogar noch höher .

Ich zitiere hier aus einem Vermerk des Ministeriums vom 27.03.2023 ,dort heißt es: Für das Gewerbegebiet „Im Auel“ hat die Gemeinde die Anfrage nach § 34 Baugesetzbuch für die Änderung des Flächennutzungsplans und der Aufstellung des Bebauungsplans bei der BR Köln gestellt. Da u. a. eine Abstimmung über die Höhe der zustimmungsfähigen Verkaufsflächen zwischen BR Köln und Gemeinde noch aussteht, findet ein Klärungstermin am 28.02.23 statt. MHKBD macht deutlich, dass vor einer weiteren Bewilligung von

Städtebauförderungsmitteln eine rechtssichere und durch den Rat der Stadt beschlossene Planung erfolgen muss, die zukünftig Zentren schädigenden Einzelhandel im Gewerbegebiet verhindert.

Worum geht es da?

Es geht um das Gewerbegebiet im Auel, genau genommen um das Gebiet des Rewe Marktes. Einfach ausgedrückt, es soll die mögliche Erweiterung des Marktes begrenzt werden. Hierüber wird schon lange gestritten, weil der Eigentümer die Beschränkungen und Begrenzungen nicht akzeptiert und alle Rechtsmittel dagegen ausschöpft.

Was heißt aber nun rechtssichere Planung?

Ist darunter zu verstehen, dass die Änderungen der erforderlichen Pläne nach Recht und Gesetz erfolgen, oder soll es heißen, dass diese Planung so sicher ist, dass sie einer gerichtlichen Überprüfung standhält und in diesem Umfang auch zum Tragen kommt.

Das erste, das die Pläne nach Recht und Gesetz aufgestellt werden ist selbstverständlich und kann das Ministerium somit auch nicht meinen. Bleibt also nur, dass die Pläne rechtlich gültig und verbindlich werden und das wird erst dann der Fall, sein wenn ein Gericht die entsprechenden Klagen und Einsprüche abweist.

Was heißt das aber nun für die Fördergelder die man sich erhofft?

Denn gerichtlich wird eine Klärung bis zum 30.9.2024 sicherlich nicht erfolgen und diesen Satz habe ich hier in diesem Saal schön öfter gehört

Vor Gericht ist man wie auf hoher See in Gottes Hand und weiß nicht was passiert.

Trotzdem möchte eine Mehrheit des Rates dieses Verfahren einleiten und Planungsgelder dafür von 2500000 Euro vorsehen. Wie gesagt, es liegt keine Förderzusage vor.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus finanziell? Für 2023 und 2024 keine, nur das keine notwendigen Reparaturen erfolgen.

Für den Haushalt 2025 stehen wir aber vor der Schwierigkeit, was machen wir dann. Haben wir eine Zusage mit Fördermittel, haben wir eine mit Auflagen z.B. Rückzahlung der Mittel wenn das Gericht nicht so entscheidet wie gewünscht, oder bekommen wir gar keine. Was machen wir dann, um diese Planungsmittel nicht in den Sand zu setzen, beschließen wir das alleine zu stemmen? Meine Damen und Herren wir reden dabei aber nicht um 1 Mio. oder 2 Millionen Euro, es geht mehr in Richtung 3 und mehr.

Die Entscheidung dafür, das Verfahren noch mal aufzunehmen ist daher nicht nachvollziehbar.

Dabei hat Eitorf weiß Gott genug Probleme. Nehmen wir Kindergärten und Schulen.

Bei den Kindergärten sind wir auf einem gutem Weg. Der Bedarf wird, wenn auch nur in den nächsten Jahren, gedeckt werden mit den geplanten Tagesstätten.

Gott sei Dank ist die Gemeinde nicht für die Herstellungskosten zuständig, die trägt der Kreis über den wir gerne wegen seiner Umlage schimpfen. Sei es bei der Allgemeinen- oder der Jugendamtsumlage im besonderen. Wir sollten nicht vergessen, bei der Jugendamtsumlage sind wir Nettoempfänger.

Kommen wir zu den Schulen, -hurra.

2018 wurde beschlossen, die Sekundarschule zu ertüchtigen bzw. zu sanieren. 2023 und 2024 findet sich nun Geld dafür im Haushalt wieder, um das anzugehen in der Summe ca. 8,0 Mio. Ob aber auch in diesen Jahren dann was passiert, wir geben die Hoffnung nicht auf. Es ist aber erschreckend, welche Zeiträume ins Land gehen bis etwas passiert.

Im letzten Schulausschuss wurde aufgezeigt, welcher dringender Handlungsbedarf besteht. Die Grundschule Alzenbach, Mehrbedarf 400m², Mühleip 600 m², Brückenstraße komplett Neubau je nach Größe bis zu 1900 m². Der Bedarf ist riesig und die Frage stellt sich, wie lange brauchen wir dafür und wie kann das finanziert werden.

Eine Info am Rande für den Gemeindesportbund, Sporthallen sind bei diesem Bedarf nicht berücksichtigt, sie kommen On Top.

Meine Damen und Herren, Eitorf hat auch ein Sozialproblem. Im Haushalt wird das kurz mit 2 Tabellen angerissen. Die Eine mit der Anzahl von Bedarfsgemeinschaften die hoch ist, und die andere mit dem verfügbaren Einkommen was vergleichsweise sehr niedrig ist. Daraus abgeleitet wird, wir brauchen Zuzug und müssen Bauland für Einfamilienhäuser ausweisen.

Aber ist es damit getan? Wohl kaum.

Nur, wenn wir uns nicht mit der Sozialstruktur unsere Bevölkerung beschäftigen und uns deren Probleme anschauen und analysieren rennen wir den Probleme nur hinterher und löschen Brandherde.

Ich komme aber zurück zu der Ausweisung von Wohngebieten und der Hoffnung auf Zuzug.

14900, das ist die Zahl an Ein und Zweifamilienhäuser, die nein nicht gebaut sondern nur eine Genehmigung in NRW 2022 erhalten haben. Der tiefste Stand seit 2013 und die Tendenz 2023 weiter stark fallend. Daher muss man sich die Frage stellen, sind Einfamilienhäuser der Weisheit letzter Schluss oder muss ich andere Wohnarten mit beachten um Zuzug zu erreichen. Daher gilt es West, III nochmals kritisch zu hinterfragen. Und hier verweise ich nochmals auf die Ausführungen zur Schule. Die Ausstattung und das Funktionieren von Kindergärten und Schulen ist der wichtigere Entscheidungsfaktor für den Zuzug als vorhandene Grundstücke und ein schöner Marktplatz.

Meine Damen und Herren, natürlich darf der Klimaschutz nicht fehlen. Der Rat wird dieses Jahr hoffentlich ein Klimaschutzkonzept beschließen, was uns sicherlich vor große Herausforderungen stellt. Auch werden die Erwartungen hoch sein. Die Zeit des Redens, des Überdenkens und Beschließens ist vorbei. Es beginnen jetzt die Jahre des Handelns und das wird für uns alle nicht einfach und schon gar nicht billig. Es geht um die Lebensqualität unserer Kinder, Enkel und Urenkel und da ist unser Handeln **jetzt** gefordert.

Es ist gut, dass schon Gelder für die Fortführung des Konzeptes und für kleinere Maßnahmen im Haushalt eingestellt sind, aber machen wir uns nichts vor, es wird nicht reichen und ist erst der Anfang.

Meine Damen und Herren, der Haushalt beinhaltet Steuererhöhungen, sie sind unumgänglich. Eine Absenken oder Verschieben würde später nur noch höherer Steuern erforderlich machen, denn die finanzielle Situation der Kommunen ist sehr prekär. Immer mehr Aufgaben aber nicht mehr Geld. Etwas Anderes zu erzählen würde heißen, die Augen vor der Realität zu verschließen. Meine Damen und Herren, das ist der letzte Haushalt den unser Kämmerer Herr Strack eingebracht hat. Herr Strack, vielen vielen Dank für ihre engagierte Arbeit und offenen Worte, auch wenn sie manchmal unbequem waren. Danke für die Arbeit in all diesen Jahren. Der Dank gilt auch den Mitarbeitenden in der ganzen Verwaltung und allen ehrenamtlich Tätigen bei der Feuerwehr und allen Vereinen. Danke für die geleistete Arbeit.

Nun aber das Wichtigste, dem Haushalt werden wir nicht zustimmen. Es wird mit dem Marktplatz Geld ausgegeben und ausgegeben werden, was woanders notwendiger ist. Es kommt einem vor wie beim Pokerspiel All in one mit einem schlechten Blatt und hoffen, dass man bessere Karten erhält. Mit privatem Geld kann man es machen, mit Geld für das man privat haften besser nicht und mit Steuergeldern geht das gar nicht. Dafür brauchen die Schulen das Geld dringender denn je. So, wie die Verwaltung sich ein gutes Arbeitsumfeld wünscht, nämlich ein neues Rathaus, brauchen Lehrer/innen und Schüler/innen ein gutes Lernumfeld und damit vernünftige Schulen. Denn nur gut ausgebildete Kinder, Enkel oder Urenkel sind den Herausforderungen der Zukunft, für die unsere Generation verantwortlich

ist, gewachsen. Eitorf braucht nicht schnell einen neuen Marktplatz sondern schnell neue und gut sanierte Schulen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Eitorf den 20.03.2023

(Es gilt das gesprochene Wort)

J.Scholz Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Eitorf